

WIRTSCHAFT



Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hanel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty (von links) haben am 7. Mai eine Verfassungsklage gegen die Hilfe für Griechenland eingereicht. Foto: ddp

Euro verschlanken

INTERVIEW Hanel: Staatsbankrott wäre die beste Lösung für Griechenland

WIESBADEN. Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hanel ist seit Einführung des Euro ein heftiger Kritiker der Gemeinschaftswährung. Dem aktuellen Rettungspaket für Griechenland steht er skeptisch gegenüber. Wir sprachen mit ihm anlässlich seines Vortrages vor Gästen der Koblenzer Vermögens-treuhand in Wiesbaden über die „Überlebenschancen“ des Euro.

Herr Professor Hanel, ist der Euro noch zu retten?

Es wäre schön, wenn es gelänge. Die Stützungsbeschlüsse für die Schuldenländer aus Haushalts- und Steuermitteln machen die Sache nicht leichter. Der Finanzierungsspielraum wird immer enger. Das Schlimmste ist, dass die Stützungsprogramme ein Schlag gegen die eigenen Sparprogramme der Bundesregierung sind. Der Euro ist nur zu retten, wenn man ihn verschlankt. Im Prinzip ist das Experiment gescheitert.

Wenn Sie keinen Erfolg mit ihrer Verfassungsklage haben, wie wird sich unsere Währung in den nächsten zwei Jahren entwickeln?

Wir hoffen, dass unserer Klage stattgegeben wird, sie wird ernsthaft geprüft. Nur der Eilantrag wurde bislang abgelehnt. Wir werden in diesen Ta-

gen ein zweite Klage, die sich gegen das gesamte Stützungs-paket wendet, nachschieben. Auf Deutschland entfallen allein 22 Milliarden Euro und dann noch einmal 148 Milliarden mit Aufstockung. Nur wenn der Klage stattgegeben wird, kann man den Wahnsinn stoppen.

Wie sollte dann vorgegangen werden?

Ich plädiere für einen Staatsbankrott der überschuldeten Länder und einer Abwertung ihrer Währungen. Nur der Staatsbankrott erlaubt es, die Hauptschuldigen der Misere, die Banken, in die Verantwortung zu nehmen. Der Internationale Währungsfonds weiß wie die Schuldenstreckung, der sogenannte haircut geht. Länder wie Argentinien, bei denen dies praktiziert wurde, stehen heute wieder gut da.

Welche Länder sollten in den Staatsbankrott geschickt werden?

Neben dem Pleitekandidaten Griechenland sind dies die beiden iberischen Länder Spanien und Portugal. Mit großer Wahrscheinlichkeit auch Italien und vielleicht sogar Frankreich.

Werden wir auf längere Sicht eine stärkere Inflation und an deren Ende eine Währungsreform bekommen?

Zu der Inflationsgefahr kommt die der Zerrüttung der Staatsfinanzen hinzu, und es könnte eine massive Kapitalflucht aus dem Euro einsetzen.

Wem hilft die Rettung Griechenlands – vor allem, dem Land selbst, dem Euro, einzelnen griechischen Banken oder vor allem den internationalen Gläubigerbanken?

Natürlich vor allem den Banken. So hat etwa größte griechische Bank ihren Sitz von der Schweiz nach Luxemburg verlegt. Als Luxemburger Institut bekommt es die griechischen Staatsanleihen von der EZB aufgekauft. Das Stützungsprogramm dient also nicht so sehr der Entschuldung der Länder, sondern der Banken, dazu gehört auch die Deutsche Bank, aber vor allem französische Banken.

Kann die Europäische Zentralbank noch etwas retten?

Die EZB hat ihre Unschuld verloren. Ihr Präsident Trichet hat dem Druck der französischen Politik nachgegeben. Er sollte dem Beispiel unseres Bundespräsidenten folgen.

Wenn gar nichts mehr hilft, wie könnte die Re-Einführung von nationalen Währungen vorstattgehen?

Das Vernünftigste wäre, das Euro-Kerngebiet zu verschlanken, und zwar auf die starken

Länder, die Pleitekandidaten müssen austreten. Nur wenn das nicht läuft, kommt die Rückabwicklung aller Währungen.

Was raten Sie aktuell den Anlegern? Sollen sie auf Fremdwährungen als Alternative zu Euro-Anlagen setzen?

Ich gebe keine Anlagetipps, sondern nur Orientierungen. Aber Investments in Schweizer Franken oder den „kleinen“ Dollars wie dem australische neuseeländischen oder kanadischen sehe ich als durchaus sinnvoll an.

Im Zusammenhang mit den Währungsturbulenzen wird die Regulierung der Finanzmärkte diskutiert. Welche Chancen sehen Sie?

Die Verbote, etwa von Leerverkäufen, die jetzt wieder eingeführt werden, sind lediglich ein Ablenkungsmanöver. Sie wurden Anfang der 70er Jahre abgeschafft und sind ein Relikt aus der Nazi-Zeit. Hätte es die Möglichkeit der Leerverkäufe gegeben, hätte der Schwarze Freitag verhindert werden können. Allerdings halte ich die Bindung von Termingeschäften an reale Geschäfte, indem ein Nachweis verlangt wird, für sinnvoll. Frühmelder und Warner fallen weg. Über Leerverkäufe werden schwere Ausschläge geglättet. Die deutsche Wirtschaft kann jetzt keine Kurssicherung mehr machen.

Der Rücktritt von Bundespräsident Köhler wurde auch mit der Euro-Krise in Verbindung gebracht. Wie sehen Sie das?

Fakt ist, Köhler war Chefunterhändler der Bundesregierung für die Euro-Einführung bei den Maastrichter Verträgen.

Das Gespräch führte Adelheid Omliotek

HANEL REICHT VERFASSUNGSKLAGE EIN

► Der 81-jährige Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hanel ist ein ausgewiesener Währungsspezialist. Er begann seine Karriere 1952 bei der Bank deutscher Länder, dem Vorläufer der Deutschen Bundesbank. Später wechselte er ins Bundeswirtschaftsministerium und ins Auswärtige Amt. Bei Karl Schiller war er Leiter der Abteilung Geld und Kredit und wurde einer seiner engsten Mitarbeiter. Von 1972 bis 1973 stand er an der Spitze der Hessischen Landesbank. Hanel hatte eine Reihe von Gastprofessuren inne und berät aktuell

die Zentralbanken von Iran und Syrien.

► Anfang Mai haben Wilhelm Hanel, Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Nölling und Joachim Starbatty zwölf Jahre nach ihrer ersten Klage gegen die Einführung des Euro erneut Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Die vier Herren halten die Griechenland-Hilfe für verfassungswidrig. Es soll nun eine Klage gegen das gesamte Stützungspaket nachgeschoben werden.